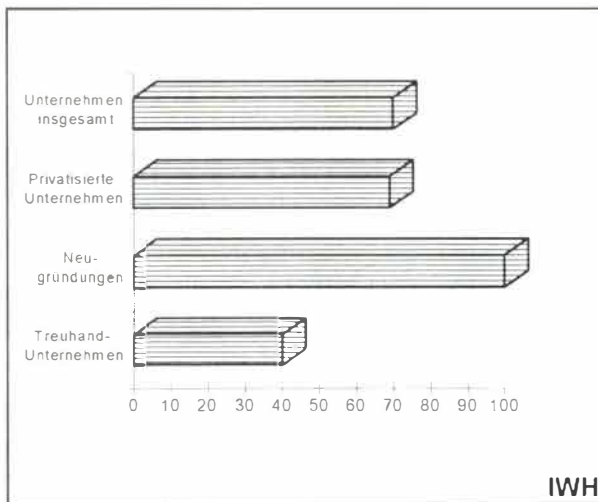


Abbildung 3:
 Erwartete Stabilisierung der Beschäftigtenzahlen Ende
 1994 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
 - in vH der befragten Unternehmen -



Die positiven und negativen Abweichungen der beiden Befragungsergebnisse sind am deutlichsten zwischen kleinen und mittelgroßen (bis 499 Beschäftigte) einerseits und großen Unter-

nehmen (über 500 Beschäftigte) sichtbar geworden. Doch auch hier haben sich die Anteile nur marginal verschoben. Anstelle 80 vH (gemeldet im März 1994) erreichten rund 75 vH der kleinen und mittleren Unternehmen und anstatt 29 vH der großen Unternehmen, 38 vH ihr Jahresziel. Diese auf den ersten Blick etwas günstigere Entwicklung dürfte indes vor allem auf einen noch zügigeren, als es dort selbst erwartet wurde, Personalabbau in den größeren Treuhandunternehmen zurückzuführen sein.

Insgesamt wird an den Umfrageresultaten sichtbar, daß die meisten Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes ihre für 1994 gesteckten Ziele erreicht haben und die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß bei einem weiter andauernden Anstieg der Produktion im Jahre 1995 die Beschäftigung, über den gesamten Jahresverlauf gesehen, erstmals zunehmen kann.

Helmut Rahneberg

Verbraucherpreise in ost- und westdeutschen Städten - ein Indikator für die Angleichung der Lebensverhältnisse?

In den ostdeutschen Städten lagen die Verbraucherpreise Ende 1993 sechs Prozent unter denen in westdeutschen Städten. Während handelbare Güter mit nicht administrierten Preisen in Ost und West bereits ein relativ einheitliches Preisniveau aufweisen, sind bei lokal hergestellten Gütern mit administrativer Preisfestsetzung größere Preissprünge zwischen einzelnen Städten zu verzeichnen.

Die Preisvorteile der Lebenshaltung in Ostdeutschland werden durch geringere Qualität des Warenangebots und durch das hohe Preisniveau bei Neuvermietungen relativiert.

Die Erwartungen der Bürger der DDR, an der verheißungsvollen Konsumwelt ihrer Landsleute

im Westen partizipieren zu können, erwies sich im Verlauf der Wende als eine immer stärker werdende Triebfeder des Vereinigungsprozesses. Mit einem beispiellosen Expansionsdrang haben die vornehmlich westdeutschen Handelsketten diesen Erwartungen in Form neuer und umgestalteter alter Verkaufsstätten zu entsprechen versucht und mit ihren Aktivitäten bisher die am deutlichsten wahrnehmbaren Veränderungen an den Rändern und in den Zentren der ostdeutschen Städte seit 1990 hervorgerufen. Auf den ersten Blick scheint demnach der Konsumbereich zu denjenigen Bereichen zu gehören, wo die politisch angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West am schnellsten voranschreitet.

Expansion von Handel und Konsum

Nach der erfolgreichen Beseitigung der politischen Institutionen des DDR-Regimes durch die Wende-Bewegung traten in der Bevölkerung zunehmend Handlungsmotive in den Vordergrund, die neben der politischen Vereinigung mit der BRD auch die „Durchsetzung der vollen Konsumentensouveränität“² zum Ziel hatten. Von der zweiten Jahreshälfte 1990 an wurde in z.T. provisorischen Verkaufsräumen wie Großzelten, Traglufthallen und ehemaligen Treibhäusern³ die Palette der Westprodukte ausgebreitet. Mit der noch vor der politischen Vereinigung vollzogenen Währungsunion wurde die ostdeutsche Bevölkerung auch mit der notwendigen Kaufkraft ausgestattet, die es ihr erlaubte, sich des expandierenden Warenangebots zu bedienen.

Rückblickend ist zu erkennen, daß die Attraktivität des marktwirtschaftlichen Systems im Hinblick auf Quantität und Qualität seines Warenangebots ein wesentlicher Faktor war, um die Bevölkerung der neuen Bundesländer in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren. So kam es in den neuen Bundesländern zu einem in der Wirtschaftsgeschichte sehr seltenen Zusammenfallen eines Handels-Booms und einer anfänglichen Zunahme des privaten Verbrauchs⁴ bis zu weit über 80 vH des Bruttoinlandprodukts (zum Vergleich: alte Bundesländer ca. 55 vH) bei gleichzeitig rapidem Verlust von Arbeitsplätzen im primären und sekundären Sektor. Die über öffentliche Transferzahlungen absehbar gesicherte Kaufkraft und die für Präsentation und Umsatz

eines größeren Warensortiments ungeeigneten Verkaufsstätten der DDR-Zeit führten zu umfangreichen Investitionen der Handelsketten in die neuen Bundesländer.

Dies bewirkte z.B. im Bereich des Lebensmittel-Einzelhandels, daß Ende 1993 1.400 Discountmärkte, 916 Verbrauchermärkte mit mehr als 800 qm und 1.235 Supermärkte mit 400 bis 800 qm nahezu drei Viertel des Umsatzes an Lebensmitteln auf sich zogen, während die zahlenmäßig noch überwiegenden 14.600 sonstigen kleineren Geschäfte sich das restliche Viertel teilen mußten.⁵

Nachdem in der ersten Zeit nach der Vereinigung die Verkaufsfläche in manchen Städten aufgrund zahlreicher Schließungen zunächst zurückging,⁶ führen die Investitionen der einzelnen Unternehmen inzwischen in den Ballungsgebieten zu Gesamtverkaufsflächen, die die Orientierungswerte für entsprechende Regionen der alten Länder bereits übersteigen, eine Tendenz, die sich in naher Zukunft - bei Realisierung der derzeit geplanten Bauvorhaben - noch verstärken wird.⁷

Unterschiedliches Preisniveau in den Städten

Liegen also im Hinblick auf die quantitative Dimension des Bemühens, die ostdeutsche Bevölkerung in die marktwirtschaftliche Konsumwelt zu integrieren, relativ aussagestarke Zahlen vor, so wird es schwieriger, über die qualitative Dimension dieses Prozesses genauere Auskunft zu erzielen. Zu dieser qualitativen Dimension zählen zum einen Umfang und Wertigkeit des Produktsortiments, zum andern das Preisniveau

² ROESLER, J.: Haushaltsrechnung in der DDR 1949 bis 1964, in: Pierenkemper, T. (Hrsg.): Zur Ökonomik des privaten Haushalts, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 85.

³ Vgl. stellvertretend für diese Entwicklung CORNELSEN, I./FRANZ, P. et al.: Stadtstruktur und Stadtbild im Wandel, in: Herlyn, U./Bertels, L. (Hrsg.): Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1994, S. 343.

⁴ Der private Verbrauch nahm von 83,1 Mrd. DM im 2. Hj. 1990 auf 128,1 Mrd. DM im 2. Hj. 1993 zu bei einem jeweiligen BIP von 95,2 bzw. 165,7 Mrd. DM. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachs. 18, R. 3, fortlaufend).

⁵ BUNDESVERBAND DES DEUTSCHEN LEBENSMITTEL-EINZELHANDELS, (Hrsg.): Lebensmittel-Einzelhandel 1993, Bonn 1994, S. 58.

⁶ Hinweise hierfür liefern CORNELSEN, I./FRANZ, P. et al.: a.a.O., S. 352 f.

⁷ Vgl. HATZFELD, U.: Innenstadt - Handel - Verkehr. Verkehrtes Handeln in ostdeutschen Innenstädten? in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3, 1994, S. 188 ff; DIW BERLIN/IFW KIEL/IWH HALLE: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. 11. Bericht, Forschungsreihe des IWH; Nr. 6/94, S. 17, 73.

und die subjektive Zufriedenheit der potentiellen Konsumenten mit den angebotenen Produkten.

Hinsichtlich des Preisniveaus sind nun Daten aus einer Erhebung des Statistischen Bundesamts für Oktober 1993 in 50 Städten der alten und neuen Bundesländer verfügbar. Neben dem generellen Befund, daß sich in den Städten der neuen Länder - egal welcher Größenordnung - um ca. 6 vH günstiger einkaufen läßt,⁸ erlauben die auf der Grundlage eines 367 Einzelposten umfassenden Warenkorbs ermittelten Daten noch weitergehende preisliche Betrachtungen.

Vergleicht man die Verbraucherpreisindizes für verschiedene Gütergruppen, so fällt auf, daß die größten zwischenörtlichen Unterschiede in den neuen Ländern nicht bei Nahrungsmitteln oder Bekleidung zu finden sind, sondern bei Gütern mit administrierten Preisen. Hierzu zählen neben den nicht in den Warenkorb aufgenommenen Wohnungsmieten auch Gas, Elektroenergie, Verkehrstarife, Kindergartengebühren, Eintrittspreise für Theater und vor allem Wasser. Zahlreiche Preise dieser Güter sind seit dem Vereinigungstermin schrittweise angehoben (unter gleichzeitigem Abbau von Subventionen) worden. Seit Ende 1990 haben sich speziell die Güter dieser Kategorie bis zum April 1994 um 200 vH verteuert.⁹ Wie die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindizes für Gas, Strom und Wasser (vgl. Wasser, Tabelle 1) zeigen, hat diese „Entsubventionierung“ in einigen Städten bereits dazu geführt, daß für diese Leistungen Preise bzw. Gebühren gezahlt werden müssen, die sogar weit über dem entsprechenden Niveau in den alten Bundesländern liegen.

⁸ STRÖHL, G.: Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten, in: *Wirtschaft und Statistik*, H. 6, 1994, S. 421.

⁹ HESKE, G./KÖHLER, S.: Zur Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Ländern und in Berlin-Ost bis April 1994, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, Vierteljahreszeitschrift August 1994, S. 30; NIERHAUS, W.: Administrierte Preise und Verbraucherpreisniveau in Ostdeutschland, in: *ifo Dresden berichtet*, H. 2, 1994, S. 19 ff.

Tabelle 1:

Preisindizes für die gesamte Lebenshaltung und für Wasser in ausgewählten Städten der neuen Bundesländer im Oktober 1993

- Bezugsniveau: Bonn = 100 -

	Preisindex der Lebenshaltung insgesamt	Preisindex für Wasser
Berlin-Ost	96,5	72,4
Leipzig	95,4	113,8
Dresden	95,2	119,0
Halle	94,1	128,6
Chemnitz	94,4	114,1
Magdeburg	93,8	87,9
Rostock	93,7	84,4
Erfurt	92,4	82,8
Gera	92,8	134,8
Schwerin	94,6	80,9
Greifswald	91,5	78,3
Suhl	92,0	119,0
Schwedt/Oder	92,3	105,8
Eisenhüttenstadt	92,2	69,7
Wittenberg	93,0	128,6
Stendal	92,7	93,1
Freiberg	93,0	131,0
Bautzen	91,4	119,0

Quelle: Ströhl, G.: a.a.O., 1994, S. 424.

So müssen z.B. die Bewohner von Gera - gemessen an den Preisen der Stadt Bonn - für die gleiche Menge Wasser fast 35 vH mehr, die Chemnitzer 78 vH mehr für ihr Gas und die Rostocker 12 vH mehr für ihren Strom bezahlen.¹⁰ Hohe Wasserpreise sind vor allem in jenen Städten anzutreffen, die bereits kurz nach der Vereinigung stark in die Trink- und Abwasserinfrastruktur investierten und diese Kosten auf die Gebühren umlegten. Diese Preissprünge waren so groß, daß sich 1993 in einigen dieser Städte Bürgerinitiativen gegen das Vorgehen der Kommunen bildeten.¹¹

Unter diesem Blickwinkel zeichnet sich ab, daß die in den verschiedenen Sparten des Einzelhandels angebotenen Güter und Dienstleistungen sich unter dem Druck des Wettbewerbs sowohl

¹⁰ STRÖHL, G.: a.a.O., S. 425.

¹¹ Vgl. CORNELSEN, I./FRANZ, P. et al.: a.a.O., S. 126.

Tabelle 2:

Vergleich des Mietpreisniveaus in ausgewählten ost- und westdeutschen Städten 1994
- für Wohnungen von 70 - 80 qm Wohnfläche mit unterschiedlicher Ausstattung in DM/qm, netto kalt -

Neue Bundesländer	Ausstattung		Alte Bundesländer	Ausstattung		Niveauunterschied der Mittelwerte von ^a	
	einfach bis normal	normal bis über-durchschnittlich		einfach bis normal	normal bis über-durchschnittlich	Sp. (1) und Sp. (3)	Sp. (2) und Sp. (4)
	(1)	(2)		(3)	(4)		
Berlin-Ost	3 - 12	11 - 25	Berlin-West	5 - 20	10 - 30	-	-
Leipzig	4 - 15	15 - 20	Hannover	8 - 16	16 - 20	-	-
Dresden	4 - 16	15 - 22	Nürnberg	6 - 14	13 - 18	0	-
Halle	4 - 14	14 - 19	Karlsruhe	9 - 13	12 - 16	-	+
Chemnitz	3 - 15	15 - 20	Braunschweig	8 - 14	14 - 16	-	+
Rostock	10 - 16	14 - 22	Kiel	6 - 15	15 - 21	+	+
Erfurt	6 - 16	15 - 25	Kassel	5 - 10	10 - 14	+	+
Schwerin	4 - 14	10 - 20	Oldenburg	10 - 12	12 - 14	-	+
Jena	7 - 15	14 - 20	Ingolstadt	8 - 12	12 - 14	+	+
Gera	6 - 12	12 - 19	Würzburg	8 - 14	15 - 20	-	+

^a - = Niveau in ostdeutscher Stadt niedriger; + = Niveau in ostdeutscher Stadt höher; 0 = Niveau gleich.

Quelle: Verband Deutscher Makler (Hrsg.): VDM-Preisspiegel für Wohn- und Anlageimmobilien 1994.

zwischen Ost und West als auch innerhalb der neuen Bundesländer im Preis stärker angeglichen haben als die dem Wettbewerb (bisher) mehr entzogenen administrierten Güter. Daß die Preisheterogenität im Energiesektor nach wie vor anhält, zeigen auch Untersuchungen des IWH über die ostdeutsche Elektrizitätswirtschaft.¹²

Unter den Gütern mit administrierten Preisen nehmen die Wohnungsmieten eine herausragende Stellung ein, da allein durch ihre - in Stufen erfolgte - Anhebung seit der Wende um mehr als 550 vH die Hälfte des Preisauftriebs in Ostdeutschland erklärt wird.¹³ Trotz dieses Anstiegs liegen die Mieten in den ostdeutschen Städten bei einfacher bis normaler Wohnungsausstattung noch mehrheitlich unter den westdeutschen Wohnungsmieten, wie Tabelle 2 ver-

deutlicht, in der Städte jeweils annähernd gleicher Größe verglichen werden.

Dieses Bild ändert sich, sobald man die Mieten für Wohnungen mit gehobener Ausstattung betrachtet (vgl. Tabelle 3).

Das Preisniveau für diese Wohnungskategorien, auf das beruflich sich verändernde Zuzügler und Umzügler in erster Linie verwiesen sind, reflektiert die bisherige Knappheit an neuen Wohnungen mit aktuellem Standard in den ostdeutschen Städten.

Überprüft man mittels Korrelationsrechnung, ob die Preisniveaus in den untersuchten Städten der neuen Bundesländer systematisch variieren, so zeigt sich die Bedeutung der Einwohnerzahl einer Stadt. Insgesamt gesehen steigen die Lebenshaltungskosten mit zunehmender Größe einer Stadt ($r = 0.82$), was aber nicht für alle Gütergruppen in gleichem Maße gilt. Am stärksten trifft dies noch für Dienstleistungen, für Güter des Bereichs Gesundheit/Körperpflege und aus dem Bereich Bildung/Unterhaltung zu. Dagegen können Großstädter Bekleidung in der Regel günstiger erwerben als die Bewohner kleinerer Städte und beziehen Strom und Wasser in der Regel billiger.

¹² FUCHS, D.: Kosten- und Preisentwicklung in der ostdeutschen Elektrizitätswirtschaft und deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den neuen Ländern, Diskussionspapiere des IWH, Nr. 21, Oktober 1994, S. 43.

¹³ Zur Mietpreisentwicklung vgl. HESKE, G./KÖHLER, S.: a.a.O., S. 29 f. Diese Mehrbelastung wird bei ca. 25 vH der Mieterhaushalte durch Wohngeldzahlungen zumindest teilweise aufgefangen.

Tabelle 3:

Differenzen im Verbraucherpreisniveau zwischen Städten der alten und der neuen Bundesländer

- Angaben in vH -

Ausgabegruppen	Städte		
	unter 100.000 Einwohner	100.000 bis unter 400.000 Einwohner	400.000 bis unter 1 Million Einwohner
Gesamtlebenshaltung (ohne Mieten)	- 4,9	- 6,1	- 4,2
davon:			
- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	- 8,0	- 8,6	-5,3
- Bekleidung, Schuhe	- 1,8	+ 0,7	-2,6
- Energie (ohne Kraftstoffe), Wasser	- 2,0	- 7,2	- 11,8
- Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	- 5,1	-5,0	-3,1
- Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	- 15,4	- 13,4	- 5,0
- Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 3,7	- 4,1	-2,9
- Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	- 6,1	-6,1	-5,0
- Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes u.a	- 7,3	- 6,5	+ 1,8
Waren insgesamt	- 2,6	-3,1	-2,0
Dienstleistungen, Reparaturen	- 14,9	- 14,3	- 10,1

Quelle: Heske, G./Köhler, S.: a.a.O., 1994, S. 33.

Kleine und große Städte in den neuen Ländern unterscheiden sich ferner hinsichtlich der Breite des Angebots. Da vom Statistischen Bundesamt versucht wurde, die Preise in fünf verschiedenen Arten von Einzelhandelsgeschäften zu ermitteln¹⁴, gibt die Anzahl der ermittelten Preise zugleich einen Hinweis auf die Breite der Angebotspalette in den verschiedenen Städten. Bei dieser Betrachtung stellt sich heraus, daß vor allem in den Städten der neuen Länder mit weniger als 100.000 Einwohnern weit weniger als die durchschnittlich 1.400 Einzelpreise pro Gemeinde erhoben werden konnten, womit sich abzeichnet, daß dort der Diversifizierungsstandard großemäßig vergleichbarer westdeutscher Städte noch nicht erreicht worden ist.

Im Vergleich ost- und westdeutscher Städte gleicher Größenkategorie (vgl. Tabelle 3) zeigt sich, daß große Preisunterschiede bezüglich

Dienstleistungen/Reparaturen bestehen (zwischen -14,9 vH und -10,1 vH), während bei den Waren insgesamt nur Preisdifferenzen zwischen -3,1 vH und -2,0 vH auftreten. Betrachtet man allerdings einzelne Warengruppen, so sieht man, daß in den Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern die ostdeutsche Bevölkerung von besonders niedrigen Preisen auch bei Nahrungsmitteln und Getränken (-8,0 vH) sowie bei Artikeln zur Gesundheits- und Körperpflege (-15,4 vH) profitiert. In Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern sind diese Ost-West-Unterschiede weniger ausgeprägt. Die beiden Städte Dresden und Leipzig, die unter diese Kategorie fallen, schneiden aber beim Preisvergleich hinsichtlich Energie (-11,8 vH) sowie bei Bekleidung/Schuhen (-2,6 vH) günstiger ab.

Resümee

Im Hinblick auf die eingangs aufgeworfene Frage des Beitrags von Handel und Konsum zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West und Ost ist zu konstatieren, daß diese vier

¹⁴ Es handelte sich hierbei um Warenhäuser, SB-Warenhäuser/Verbrauchermärkte, Supermärkte, Discounter und Fachgeschäfte, vgl. STRÖHL, G.: a.a.O., S. 419).

Jahre nach dem Vereinigungstermin zu jenen Bereichen zählen, in denen die Angleichung bereits weit fortgeschritten ist. Damit korrespondiert auch der Rückgang der Einkaufsfahrten ostdeutscher Bürger in die alten Bundesländer. Ebenso rückläufig - obschon noch vorhanden - sind Klagen über die mangelnde Qualität mancher in den neuen Bundesländern angebotenen Waren. In einigen Großstadtreionen unterliegen die Bundesbürger im Osten - entsprechende Mobilität vorausgesetzt - aufgrund der rasanten Verkaufsfächenausweitung an den Stadträndern inzwischen dem gleichen „Entscheidungsstreß“ beim Einkaufen wie ihre Mitbürger im Westen. Die Produktvielfalt und die damit einhergehende größere Qualitäts- und Preisspannweite werden in den

kleineren Städten noch nicht erreicht. Allerdings besteht dort der Vorteil eines fast durchgängig niedrigeren Preisniveaus.

Bezüglich der sozialen Integrationsfunktion des Konsumsektors ist zu bemerken, daß mit zunehmender Dauer des Vereinigungsprozesses der Neuigkeitswert und die Attraktivität des neu eingeführten Warenangebots stark nachgelassen haben, was sich u.a. in der inzwischen wieder verstärkende Nachfrage nach „Ost-Produkten“ äußert.

Der Umgang mit einem üppigen Warenangebot ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden und mit keinerlei besonderen Emotionen mehr verbunden.

Peter Franz

Internationale FuE-Kooperation versus nationale Technologiepolitik in Mittel- und Osteuropa

Die Transformationsländer stehen vor der Aufgabe, ihren Wissenschafts- und Technologie-sektor (WuT-Sektor) in ein marktwirtschaftlich orientiertes Innovationssystem umzustrukturieren. Aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel und mangelnden Kenntnisse für den Umbau des WuT-Sektors sehen die Transformationsländer in der internationalen FuE-Kooperation einen Weg, diese Ziele schnell zu erreichen. Dieser Beitrag zeigt jedoch, daß ohne eine eigene aktive Technologie- und Forschungspolitik der Transformationsländer die adäquate Umstrukturierung dieses Sektors nicht erreicht werden kann. Hierbei sollten die Technologiestrategien der Transformationsländer das Gewicht auf die Diffusion ausländischer Technologien und auf die Anwendung moderner Technologie aller Art legen.

Ein effizienter WuT-Sektor (staatliche Forschungseinrichtungen und Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den Unternehmen) ist eine notwendige Voraussetzung, um das langfristige Wachstumspotential der Transformationsländer zu

erhöhen. In den Transformationsländern ist derzeit ein drastischer Rückgang der Investitionen und der Beschäftigung im Wissenschafts- und Technologiesektor zu beobachten. Die bisher nur geringe Effizienz des WuT-Sektors verlangt aber nicht nur den quantitativen Rückgang des Sektors, sondern auch strukturelle und institutionelle Veränderungen. Es ist vor allem notwendig, das vorhandene Humankapital besser einzusetzen, den Anteil der anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den Unternehmen zu erhöhen und die Diffusion der modernen Technologien zu beschleunigen. Wegen der fehlenden finanziellen Mittel und mangelnden Kenntnisse für den Umbau des WuT-Sektors sehen die Transformationsländer in der internationalen FuE-Kooperation einen Weg, diese Ziele schnell zu erreichen.¹⁵

¹⁵ Vgl. JASINSKI A. H.: R&D and Innovation in Poland in the Transition Period. In: Economic Systems, vol. 18, 1994, No. 2, S. 117-140.; HUTSCHENREITER G: Research Cooperation with Countries in Transition. Discussion Paper. Six Country Programme. Vienna 1994.